

**BStU**



**Archiv der Zentralstelle**

**MFS - BdL** | Dok.

Nr. 005500

1. Ex.

102773

110 181

Ministerrat  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

Berlin, 4. Juli 1981

Vertrauliche Vorkategorie

VVS 10/81

MIS-Nr. 10/81

498. Ausf. RI 1 bis 30

StU

Dienstanweisung Nr. 10/81

000001

über die politisch-operativen Aufgaben bei der Gewährleistung der territorialen Integrität der DDR sowie der Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin und ihrer Seegrenze

---

Gliederung

BStU

000002

Seite

Präambel	5 - 7
1. Verantwortung für die politisch-operative Sicherung der Staatsgrenze der DDR	8 - 10
2. Grundsätzliche Aufgaben aller operativen Dienstseinheiten bei der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR	11 - 13
3. Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin	14 - 44
3.1. Aufgaben der Hauptabteilung I	14 - 17
3.2. Aufgaben der Hauptabteilung VII	17 - 19
3.3. Aufgaben der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze zur BRD bzw. zu Westberlin	20 - 28
3.4. Aufgaben der ZKG bzw. BKG der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze zur BRD bzw. Westberlin	28 - 29
3.5. Aufgaben weiterer operativer Dienstseinheiten bei der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. zu Westberlin	29 - 35
3.6. Verantwortung und Aufgaben bei der politisch-operativen Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen im Grenzgebiet, einschließlich im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR	36 - 44
4. Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung der Seegrenze	44 - 47
5. Weitere Aufgaben für die Zusammenarbeit der operativen Dienstseinheiten bei der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR	48 - 52

BStU

000003

4

6. Verantwortung und Aufgaben beim politisch-operativen Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR sowie mit der DVP und den anderen Organen des MdI bei der Abwehr von Handlungen gegen die Staatsgrenze der DDR 52 - 57
7. Weitere Festlegungen zur Auswertungs- und Informationstätigkeit 57 - 58
8. Schlußbestimmungen 58 - 59

Für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und eine hohe innere Stabilität sowie der zuverlässige militärische Schutz des Sozialismus eine wesentliche Voraussetzung.

Die Deutsche Demokratische Republik gestaltet ihre Beziehungen in Grenzangelegenheiten mit der BRD bzw. mit Westberlin zur Gewährleistung eines stabilen Friedens und zur Fortsetzung des Entspannungsprozesses, abgestimmt mit den anderen Bruderländern der sozialistischen Staatengemeinschaft, in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts, wie der Anerkennung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, der Achtung der territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Sie organisiert in Wahrnehmung ihrer souveränen Rechte den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze.

Die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet und in den Seegewässern sowie im grenzüberschreitenden Verkehr ist Aufgabe aller Schutz- und Sicherheitsorgane und der anderen zuständigen staatlichen Organe. Die Einleitung und Realisierung der erforderlichen Maßnahmen erfolgt dabei im engen Zusammenwirken und unter Beachtung der abgegrenzten Verantwortlichkeit.

Die Grenztruppen der DDR, einschließlich der Grenzsicherungskräfte der Volksmarine (im folgenden Grenztruppen der DDR), tragen eine hohe Verantwortung für den jederzeit zuverlässigen militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR und haben im engen Zusammenwirken mit der DVP und den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen die territoriale Integrität der DDR und die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze, einschließlich ihres Luftraumes sowie der Seegrenze (äußere Begrenzung der Territorialgewässer) und der Territorialgewässer, zu gewährleisten.

Die ununterbrochene zuverlässige Sicherung der Staatsgrenze ist dabei vor allem durch den taktisch zweckmäßigen Einsatz der Kräfte und Mittel sowie wirksame Handlungen der Grenztruppen der DDR

- im unmittelbaren Handlungsraum der Grenztruppen der DDR, der an der Staatsgrenze der DDR zur BRD im Schutzstreifen und zu Westberlin im Grenzgebiet liegt und vom unmittelbaren Verlauf der Staatsgrenze der DDR und vom Grenzsignalzaun bzw. der Hinterlandmauer begrenzt wird,
- im übrigen Grenzgebiet, einschließlich der Grenzzone sowie
- in den Seegewässern der DDR

zu garantieren.

Das Ministerium für Staatssicherheit hat bei der Gewährleistung der territorialen Integrität und Unverletzlichkeit der Staatsgrenze eigenverantwortlich bzw. im engen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, den anderen staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen, den Kombinat, Betrieben und Einrichtungen und den gesellschaftlichen Organisationen und Kräften vor allem die staatliche Sicherheit in den Grenzgebieten unter allen Lagebedingungen zu gewährleisten und allen subversiven Angriffen des Gegners und feindlich-negativer Kräfte auf die Staatsgrenze der DDR, auf die zu ihrem Schutz handelnden Kräfte, auf die Organe und Einrichtungen im Grenzgebiet sowie auf die Grenzbevölkerung zur Vermeidung jeglicher Überraschungen wirksam vorzubeugen sowie sie rechtzeitig aufzudecken, zu bekämpfen bzw. zu verhindern.

000006<sup>7</sup>

VVS MfS o003-38/81

In der politisch-operativen Arbeit ist davon auszugehen, daß alle erforderlichen Maßnahmen der Grenzsicherung der an der Sicherung der Staatsgrenze beteiligten Organe und Einrichtungen vor allem dem Ziel zu dienen haben,

- den völkerrechtlichen Charakter der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD, und analog dazu zwischen der DDR und Westberlin, die territoriale Integrität der DDR sowie die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze zu bekräftigen,
- die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchsetzen zu helfen und den Prozeß der Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD bzw. zu Westberlin zu unterstützen,
- die an der Staatsgrenze und im Grenzgebiet zur Sicherung der souveränen Rechte der DDR bestehende Ordnung sowie die Rechte und Interessen der in den Grenzgebieten lebenden Bürger der DDR zu schützen,
- Ruhe, Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze aufrechtzuerhalten, zu festigen und die Ausdehnung von Provokationen auf das Staatsgebiet der DDR zu verhindern,
- den an Umfang, Schwere und Gefährlichkeit zunehmenden, völkerrechtliche Normen mißachtenden Provokationen und Anschlägen gegen unsere Staatsgrenze ideologisch, aber vor allem auch in der personellen und materiell-technischen Sicherstellung gewappnet und auf jede Eventualität eingestellt zu sein.

Zur konsequenten Realisierung der vom Ministerium für Staatssicherheit zu lösenden politisch-operativen Aufgaben

w e i s e i c h a n :

1. Verantwortung für die politisch-operative Sicherung  
der Staatsgrenze der DDR

1.1. Für die politisch-operative Sicherung der Staatsgrenze der DDR haben alle Diensteinheiten des MfS Verantwortung zu tragen.

Sie haben entsprechend der ihnen übertragenen Verantwortung und ihrer spezifischen Aufgabenstellung in enger Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen operativen Diensteinheiten durch zielgerichtete Nutzung aller geeigneten, insbesondere der inoffiziellen Möglichkeiten wirksam zur zuverlässigen politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR beizutragen.

1.2. Für die erforderliche zentrale Koordinierung von politisch-operativen Maßnahmen in Zusammenhang mit der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR ist mein Stellvertreter, Generalmajor Dr. Meiber, verantwortlich.

1.3. Die Hauptabteilung I ist verantwortlich für

- die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR an der Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. zu Westberlin, soweit nicht in Einzelfällen Sonderregelungen getroffen sind, in enger, sachbezogener operativer Zusammenarbeit mit anderen, insbesondere den territorial und objektmäßig zuständigen operativen Diensteinheiten,
- die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Territorialgewässern und den inneren Seegewässern der DDR außerhalb der Grenzzone in enger, sachbezogener operativer Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung Rostock und anderen operativen Diensteinheiten,

000008

VVS MfS 0008-38/81

- die politisch-operative Sicherung des Personalbestandes der Grenztruppen der DDR, ihrer Arbeitsprozesse, Objekte und Einrichtungen,
- die Aufklärung und operative Kontrolle der zur Grenzüberwachung eingesetzten Kräfte der BRD, anderer NATO-Staaten bzw. Westberlins sowie für die Vorbeugung, Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung subversiver Angriffe aus dem Grenzvorfeld der BRD bzw. aus Westberlin gegen die Staatsgrenze und die Grenztruppen der DDR,
- die politisch-operative Einflußnahme auf die Grenztruppen der DDR zur Erreichung einer hohen Wirksamkeit ihrer Handlungen zur Sicherung der Staatsgrenze,
- die politisch-operative Sicherung des Zusammenwirkens der operativen Diensteinheiten, insbesondere der territorial, objektmäßig und sächlich zuständigen operativen Diensteinheiten, mit den Grenztruppen der DDR sowie die Wahrnehmung der politisch-operativen Gesamtinteressen des MfS gegenüber den Grenztruppen der DDR.

#### 1.4. Die Hauptabteilung VII ist verantwortlich für

- die Mitwirkung bei der Vorbeugung, Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung der gegen die staatliche Sicherheit in den Grenzgebieten gerichteten Feindsätigkeit sowie bei der Vervollkommnung des Systems der Grenzsicherung, insbesondere zur Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte, in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit im Grenzgebiet verantwortlichen Bezirksverwaltungen,

- die politisch-operative Sicherung der Angehörigen, Arbeitsprozesse, Objekte und Einrichtungen des MdI, der Hauptverwaltung Zivilverteidigung der DDR und des Generalsekretariats des DRK der DDR, die Aufgaben entsprechend den spezifischen Sicherheitserfordernissen in den Grenzgebieten zu lösen haben, sowie politisch-operative Einflußnahme auf diese Organe zur Erreichung einer hohen Wirksamkeit bei der Lösung der ihnen gestellten Aufgaben und zur Wahrnehmung der politisch-operativen Gesamtinteressen des MfS gegenüber diesen Organen,
- die Anleitung und Unterstützung der Abteilungen VII und der Grenzkreisdienststellen der Bezirksverwaltungen in Bezirken mit Staatsgrenze bei der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Grenzgebieten und in anderen dafür bedeutsamen politisch-operativen Schwerpunktbereichen der Grenzkreise in Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Leiter der zuständigen Bezirksverwaltung.

1.5. Die Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze und die Grenzkreisdienststellen sind verantwortlich für

- die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Grenzkreisen, insbesondere in den Grenzgebieten bzw. in der Grenzzone. Sie haben mit anderen für die politisch-operative Sicherung der Staatsgrenze der DDR zuständigen bzw. dabei mitwirkenden operativen Dienst-einheiten eng zusammenzuarbeiten sowie mit der DVP, den Grenztruppen der DDR und mit anderen staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen, den Kombinat- und Betrieben und Einrichtungen und den gesellschaftlichen Organisationen und Kräften politisch-operativ zusammenzuwirken.

000010

WVS Mfs oC08-38/81

## 2. Grundsätzliche Aufgaben aller operativen Diensteinheiten bei der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR

Die Leiter aller operativen Diensteinheiten haben zu gewährleisten, daß nachstehende Aufgaben entsprechend der ihnen übertragenen Verantwortung planmäßig in die Gesamtaufgabenstellung ihrer Diensteinheiten eingeordnet und insbesondere durch den differenzierten Einsatz der IM und GMS, einschließlich im Rahmen der politisch-operativen Arbeit im bzw. nach dem Operationsgebiet, durch konzentrierte Bearbeitung Operativer Vorgänge und Durchführung von OPK sowie durch die zweckmäßige Nutzung aller geeigneten offiziellen Möglichkeiten gelöst werden.

- Rechtzeitige Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie der Mittel und Methoden des Gegners, insbesondere staatlicher Einrichtungen und Institutionen bzw. Behörden, der imperialistischen Geheimdienste, der Zentren der politisch-ideologischen Diversion u. a. feindlicher Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte in der BRD und in Westberlin, die subversive Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR, gegen die zu ihrem Schutz handelnden Organe und Kräfte sowie gegen Objekte, Einrichtungen und die Bevölkerung im Grenzgebiet planen, vorbereiten und durchführen;
- zielgerichtete Vorbeugung, Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung von feindlich-negativen Angriffen gegen die Staatsgrenze, insbesondere des widerrechtlichen Passierens der Staatsgrenze der DDR, und Einleitung aller erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen zu ihrer wirkungsvollen Verhinderung bereits im Innern der DDR sowie operativen Bearbeitung von Personen, die die Staatsgrenze widerrechtlich passiert haben, sowie deren operativ bedeutsamen Rückverbindungen entsprechend den Festlegungen in meinem Befehl Nr. 1/75;

- Einleitung und Realisierung der erforderlichen politisch-operativen Kontrollmaßnahmen zu Personen, bei denen Anhaltspunkte für die Einschätzung als potentielle Täter für feindlich-negative Angriffe gegen die Staatsgrenze sowie andere operativ bedeutsame Informationen in diesem Zusammenhang vorliegen, vor allem auch in Abstimmung mit den von der DVP zu diesen Personen eingeleiteten Kontrollmaßnahmen;
- Übermittlung aller operativ bedeutsamen Informationen über Mängel, Schwächen und Lücken im System der Grenz-sicherung an die Hauptabteilung I, die Hauptabteilung VII und die Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze der DDR entsprechend der Zuständigkeit sowie operativ bedeutsamer Informationen gemäß meinem Befehl Nr. 1/75 an die ZKG/BKG;
- Auswahl, politisch-operative Aufklärung und Bestätigung geeigneter und zuverlässiger Kader für die Grenztruppen der DDR gemäß den Festlegungen meiner Dienstanweisung Nr. 7/71;
- Durchführung politisch-operativer Maßnahmen im Rahmen des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens zur Überprüfung, Aufklärung bzw. Bestätigung der Personen, die
  - eine Einreise aus persönlichen Gründen in das Grenzgebiet beantragten bzw. einen Antrag zur Erlangung einer Genehmigung zum Befahren der Gewässer der DDR außerhalb des Bereiches der Grenzzone (PM 18) stellten,auf der Grundlage der Festlegungen der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung und der Personen, die

. Anträge zur Erlangung von Seefahrtsbüchern mit Sichtvermerk bzw. von Berechtigungen zum Überschreiten der Seegrenze der DDR (PM 19) stellten,

auf der Grundlage der entsprechenden Festlegungen der Dienstanweisung Nr. 1/64;

- politisch-operative Einflußnahme auf die Auswahl der aus beruflichen bzw. gesellschaftlichen Gründen zum Einsatz im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur BRD bzw. zu Westberlin vorgesehenen Beschäftigten der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, der Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie Vertreter gesellschaftlicher Organisationen,

politisch-operative Aufklärung dieser Kräfte entsprechend der operativen Notwendigkeit, einschließlich Realisierung entsprechender Auftragsersuchen der zuständigen operativen Dienstseinheiten, insbesondere der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze, mit dem Ziel, den Einsatz unzuverlässiger Personen bzw. solcher mit Unsicherheitsfaktoren zu verhindern,

Durchführung politisch-operativer Maßnahmen zur abwehrmäßigen Sicherung dieses Personenkreises in Abstimmung mit den Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze bzw. den anderen zuständigen operativen Dienstseinheiten.

Die Lösung der politisch-operativen Aufgaben im Rahmen des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens hat auf der Grundlage der Festlegungen der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung zu erfolgen.

### 3. Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin

#### 3.1. Aufgaben der Hauptabteilung I

Entsprechend der in Ziffer 1.3. festgelegten Verantwortung hat die Hauptabteilung I insbesondere nachfolgende Aufgaben zu lösen:

- Vorbeugung, Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung von feindlich-negativen Angriffen gegen die Staatsgrenze, die Grenztruppen der DDR, insbesondere von Fahnenfluchten und anderen feindlich-negativen Handlungen Angehöriger der Grenztruppen der DDR, von Erscheinungen der politisch-ideologischen Diversion sowie von Bestrebungen der gegnerischen Kontaktpolitik/-tätigkeit;
- Organisation und Durchführung des ununterbrochenen politisch-operativen Zusammenwirkens mit den Kommandeuren und Stäben sowie den Politorganen der Grenztruppen der DDR und politische Einflußnahme zur  
  - Gewährleistung der vollen Funktionsausübung der Grenztruppen der DDR unter allen Lagebedingungen, einschließlich objektiver Lageeinschätzung und Berichterstattung, durch konsequente Wahrnehmung der hohen Verantwortung und Realisierung der Aufgabenstellung, die ihnen mit den gesetzlichen Regelungen und dienstlichen Bestimmungen des Ministers für Nationale Verteidigung zur Grenzsicherung übertragen wurden,
  - Gewährleistung ihres effektiven Zusammenwirkens mit anderen operativen Diensteinheiten des MfS, den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, den anderen staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen, den Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie mit den gesellschaftlichen Organisationen und Kräften und der Bevölkerung der Grenzgebiete;

- umfassende Abwehr der Spionage und anderer geheimdienstlicher Aktivitäten sowie schwerpunktmäßige politisch-operative Sicherung, insbesondere terror- und diversionsgefährdeter Bereiche und der Grenzsicherungsanlagen;
- Vorbeugung und Verhinderung von geplanten bzw. angedrohten sowie operative Bearbeitung bzw. Bekämpfung erfolgter Terror- und anderer operativ bedeutsamer Gewaltakte gegen die Staatsgrenze der DDR, die zu ihrem Schutz handelnden Organe und Kräfte sowie gegen die Bevölkerung im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR;
- Aufklärung, Überprüfung und Bestätigung von Angehörigen der Grenztruppen und der Teilstreitkräfte der NVA, die für grenzsichernde und Spezialeinheiten vorgesehen sind, sowie differenzierte, zielgerichtete operative Personenkontrolle von Angehörigen der Grenztruppen der DDR in bedeutsamen Funktionen;
- rechtzeitige Aufdeckung und Ausräumung von Ursachen und begünstigenden Bedingungen für feindlich-negative Angriffe, für Gefahren und Störungen bei der Grenzsicherung;
- konsequente Realisierung der politisch-operativen Aufgaben zur
  - . politisch-operativen Aufklärung der militärisch-operativen Vorbereitung des Territoriums im Grenzvorfeld der BRD,
  - . politisch-operativen Aufklärung und Kontrolle der Grenzüberwachungsorgane der BRD bzw. Westberlins sowie von Einheiten der Bundeswehr und anderer NATO-Streitkräfte, die Aktivitäten an der Staatsgrenze durchführen bzw. Aufgaben im System der gegnerischen Grenzüberwachung erfüllen,

zielgerichteten politisch-operativen Aufklärung und Bearbeitung von feindlichen Organisationen, Einrichtungen, Personengruppen und Personen aus dem Grenzvorfeld der BRD bzw. aus Westberlin zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung der von ihnen ausgehenden subversiven Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. zu Westberlin und die Grenztruppen der DDR

auf der Grundlage zentraler Vorgaben, bereits dazu getroffener Festlegungen in dienstlichen Bestimmungen und Weisungen sowie der 2. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung sowie in Abstimmung mit anderen für die politisch-operative Arbeit im und nach dem Operationsgebiet bzw. für deren Koordinierung zuständigen operativen Dienstseinheiten;

- Vorbeugung, Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung der feindlichen Schleusungstätigkeit durch den Handlungsraum der Grenztruppen der DDR, außer im Bereich der Grenzübergangsstellen, einschließlich des Baues bzw. des Mißbrauchs von Tunnelobjekten, unter Beachtung der in meinem Befehl Nr. 1/75 festgelegten Koordinierungsaufgaben;
- politisch-operative Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen unter Beachtung der dazu in Ziffer 3.6. getroffenen Regelungen;
- Gewährleistung der Durchführung erforderlicher politisch-operativer Maßnahmen anderer operativer Dienstseinheiten des MfS im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR bei konsequenter Realisierung der in der 4. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung für das Botreten bzw. Befahren des Grenzgebietes aus dienstlichen Gründen getroffenen Regelungen;

- differenzierte Nutzung der sich aus den Rechten und Befugnissen der Grenztruppen der DDR ergebenden Möglichkeiten für die politisch-operative Arbeit bei Vorliegen der operativen Notwendigkeit sowie bei Gewährleistung von Konspiration und Geheimhaltung und unter Beachtung der Prinzipien der kameradschaftlichen Zusammenarbeit;
- Informierung der zuständigen operativen Diensteinheiten über Angehörige der Grenztruppen der DDR, die aus dem aktiven Dienst ausscheiden und zu denen operativ bedeutsame Informationen vorliegen und Übergabe des entsprechenden Materials;
- ständige Einschätzung der politisch-operativen Lage, insbesondere der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung im Bereich der Staatsgrenze, entsprechend der festgelegten Verantwortlichkeit sowie auf allen Ebenen.

### 3.2. Aufgaben der Hauptabteilung VII

Entsprechend der in Ziffer 1.4. festgelegten Verantwortung hat die Hauptabteilung VII insbesondere nachfolgende Aufgaben zu lösen:

- politisch-operative Sicherung der Angehörigen des MdI, der Hauptverwaltung Zivilverteidigung der DDR und des Generalsekretariats des DRK der DDR, die Aufgaben entsprechend den spezifischen Sicherheitserfordernissen im Grenzgebiet zu lösen haben;
- Anleitung und Unterstützung der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze und der Grenzkreisdienststellen bei der Lösung der diesen operativen Diensteinheiten gestellten politisch-operativen Aufgaben zur politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR in Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Leiter der zuständigen Bezirksverwaltung;

- politisch-operatives Zusammenwirken mit dem Mdi

- zur Abstimmung zentraler Maßnahmen für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung und Sicherheit in den Grenzgebieten,
- zur Erreichung einer hohen Wirksamkeit seiner Arbeitsprozesse zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit entsprechend den spezifischen Sicherheitserfordernissen in den Grenzgebieten und beim Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR und mit anderen staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen, den Kombinat, Betrieben, Einrichtungen und den gesellschaftlichen Organisationen sowie zur Erhöhung der Wirksamkeit des Mdi und seiner Organe bei der Aufklärung, Vorbeugung und Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte und der rechtzeitigen Aufdeckung und Verhinderung vorbereiteter bzw. versuchter Angriffe auf die Staatsgrenze bereits in der Tiefe der DDR.

Analoge Aufgabenstellungen gelten für das politisch-operative Zusammenwirken mit der Hauptverwaltung Zivilverteidigung der DDR und mit dem Generalsekretariat des DRK der DDR;

- politisch-operative Sicherung des Zusammenwirkens des Mdi und seiner Organe, der Hauptverwaltung Zivilverteidigung der DDR und des Generalsekretariats des DRK der DDR mit den Grenztruppen der DDR, mit anderen staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen, den Kombinat, Betrieben, Einrichtungen und den gesellschaftlichen Organisationen bei der Lösung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. zu Westberlin;

- Mitwirkung an der Organisierung der politisch-operativen Sicherung von Maßnahmen in den Grenzgebieten zur Erfüllung von Verträgen und Vereinbarungen mit der Regierung der BRD und dem Senat von Westberlin unter Beachtung der spezifischen Eigenverantwortung anderer operativer Dienstseinheiten und im politisch-operativen Zusammenwirken mit dem MdI und seinen Organen;
- ständige Einschätzung der politisch-operativen Lage in den Grenzgebieten, insbesondere der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung, zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Grenzgebieten, vor allem
  - . zur Herausarbeitung, Bestimmung und Präzisierung der politisch-operativen Schwerpunktgebiete und Schwerpunkte und zur Gewährleistung ihrer zielstrebigem politisch-operativen Sicherung bzw. Bearbeitung,
  - . zur Vorbereitung und Mitwirkung an der Erarbeitung zentraler Entscheidungen für die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Grenzgebieten,
  - . zur Herausarbeitung und Verallgemeinerung positiver Erfahrungen und Erkenntnisse für die Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Grenzgebieten.

### 3.3. Aufgaben der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze zur BRD bzw. zu Westberlin

Die Leiter der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze zur BRD bzw. zu Westberlin sind entsprechend der in Ziffer 1.5. festgelegten Verantwortung für die Lösung insbesondere nachfolgender Aufgaben verantwortlich:

- Festlegung der sich aus dieser Dienstanweisung für die operativen Abteilungen und die Kreisdienststellen/Objektdienststellen ergebenden Aufgaben und Gewährleistung ihrer konsequenten Durchsetzung, einschließlich der Sicherung eines stabilen Kaderbestandes in den Referaten/Arbeitsgruppen Grenzsicherung;
- Herausarbeitung, Bestimmung und Präzisierung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche und Schwerpunkte entsprechend der Entwicklung der politisch-operativen Lage im Grenzgebiet sowie Gewährleistung ihrer zielstrebigsten politisch-operativen Sicherung bzw. Bearbeitung zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Grenzgebieten;
- Einleitung aller erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen in den Grenzkreisen zur Vorbeugung, Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung aller feindlich-negativen Angriffe, die sich gegen die staatliche Sicherheit in den Grenzgebieten und gegen die Sicherheit an der Staatsgrenze richten;
- Gewährleistung der qualifizierten politisch-operativen Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen im Grenzgebiet unter Beachtung der dazu in Ziffer 3.6. getroffenen Regelungen;

- politisch-operative Sicherung von Maßnahmen im Grenzgebiet bzw. unmittelbar an der Staatsgrenze, die sich in Erfüllung von Verträgen, Vereinbarungen und Protokollen mit der Regierung der BRD und dem Senat von Westberlin ergeben, sowie von bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft unmittelbar an der Staatsgrenze, einschließlich des Baues bzw. der Erweiterung von Grenzstreckenabschnitten der Verkehrswege, in Abstimmung mit anderen zuständigen operativen Dienststeinheiten;
- Aufklärung der von der BRD, vor allem vom Grenzvorfeld bzw. von Westberlin aus, gegen die Staatsgrenze und gegen die staatliche Sicherheit in den Grenzkreisen, insbesondere im Grenzgebiet, gerichteten Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden feindlicher Organisationen, Einrichtungen, Personengruppen und Personen. Das hat auf der Grundlage zentraler Vorgaben, bereits dazu getroffener Festlegungen in dienstlichen Bestimmungen und Weisungen sowie von Konzeptionen zu erfolgen, die mit anderen für die politisch-operative Arbeit im und nach dem Operationsgebiet zuständigen operativen Dienststeinheiten und mit den Leitern der Bezirksverwaltungen der angrenzenden Bezirke mit Staatsgrenze zur BRD abzustimmen sind;
- Zusammenwirken mit den zuständigen Kommandeuren bzw. Stäben der Grenzkommandos in Abstimmung mit der Hauptabteilung I, insbesondere durch Mitwirkung an der Erarbeitung der "Pläne des Zusammenwirkens", und bei deren Realisierung, vor allem zur politisch-operativen Sicherung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche und Bearbeitung der Schwerpunkte.

### 5.3.1. Aufgaben der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze zur BRD bzw. zu Westberlin

Die Leiter der Abteilungen VII haben die sich aus dieser Dienstanweisung sowie aus der entsprechenden Aufgabenstellung des Leiters der Bezirksverwaltung für ihre Abteilungen und speziell für die Referate Grenzsicherung ergebenden Aufgaben festzulegen und ihre konsequente Durchsetzung zu sichern.

Vor allem sind folgende Aufgaben zu lösen:

- zielstrebige Aufdeckung bzw. operative Bearbeitung von Stützpunkten, Anlaufstellen bzw. Zielpersonen des Gegners, von Verstecken und Unterschlupfmöglichkeiten sowie von möglichen Lande- bzw. Startplätzen für Luftfahrzeuge in Zusammenarbeit mit den Grenzkreisdienststellen, insbesondere zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte in Abstimmung mit der EKG;
- Anleitung und Unterstützung der Grenzkreisdienststellen bei der Verwirklichung der von ihnen zu lösenden politisch-operativen Aufgaben zur politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR;
- politisch-operative Sicherung der Angehörigen der BDVP/PdVP, der Stäbe der Zivilverteidigung, der Bezirkssekretariate des DRK der DDR und der Betriebe des VEB Kombinat Geodäsie und Kartographie, die Aufgaben entsprechend den spezifischen Sicherheitserfordernissen im Grenzgebiet zu lösen haben, sowie des Zusammenwirkens dieser Organe und Betriebe mit den Grenztruppen der DDR und mit anderen staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben, Einrichtungen und den gesellschaftlichen Organisationen;

- politisch-operatives Zusammenwirken mit der BDVP zur Abstimmung der Maßnahmen zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet sowie zur Erreichung einer hohen Wirksamkeit ihrer Arbeitsprozesse zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit entsprechend den spezifischen Sicherheitserfordernissen im Grenzgebiet, beim Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR sowie mit den anderen staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen, den Kombinat, Betrieben, Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen.

Analoge Aufgabenstellungen gelten für das politisch-operative Zusammenwirken mit den Stäben der Zivilverteidigung und den Bezirkssekretariaten des DRK der DDR;

- ständige Einschätzung der politisch-operativen Lage, insbesondere der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Grenzgebieten, vor allem
  - zur Herausarbeitung, Bestimmung und Präzisierung der politisch-operativen Schwerpunktgebiete und Schwerpunkte und ihrer zielgerichteten politisch-operativen Sicherung bzw. Bearbeitung,
  - zur Vorbereitung von Entscheidungen des Leiters der Bezirksverwaltung bzw. seiner Stellvertreter für die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Grenzgebieten,
  - zur Herausarbeitung und Verallgemeinerung positiver Erfahrungen und Erkenntnisse für die Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur

Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in den Grenzgebieten.

### 3.3.2. Aufgaben der Grenzkreisdienststellen

Die Leiter der Grenzkreisdienststellen haben die sich aus dieser Dienstanweisung sowie aus der entsprechenden Aufgabenstellung des Leiters der Bezirksverwaltung für ihre Dienst Einheit und speziell für die Arbeitsgruppe Grenzsicherung ergebenden Aufgaben festzulegen und ihre konsequente Durchsetzung zu sichern.

Vor allem sind folgende Aufgaben zu lösen:

- politisch-operative Sicherung der Angehörigen, Arbeitsprozesse, Objekte und Einrichtungen der VPKA/VPI, der Stäbe der Zivilverteidigung und der Kreissekretariate des DRK der DDR, die Aufgaben entsprechend den spezifischen Sicherheitserfordernissen in den Grenzgebieten zu lösen haben;
- Vorbeugung, Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung von feindlich-negativen Angriffen gegen die Grenzgebiete, insbesondere die Grenzbevölkerung, die Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie gegen im Grenzgebiet tätige bzw. einreisende Personen;
- politisch-operative Sicherung von Start- und Landeplätzen für Luftfahrzeuge des Betriebes Agrarflug, der GST und des DRK im Grenzgebiet bzw. im grenznahen Raum in enger Zusammenarbeit mit den anderen dafür zuständigen operativen Dienst Einheiten;
- Einleitung und Realisierung zielgerichteter politisch-operativer Maßnahmen zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte, einschließlich von Maßnahmen zur zielstrebigem Aufdeckung bzw.

operativen Bearbeitung von Stützpunkten, Anlaufstellen bzw. Zielpersonen des Gegners, von Verstecken und Unterschlupfmöglichkeiten sowie von möglichen Lande- bzw. Startplätzen für Luftfahrzeuge;

- Vervollkommnung der operativen Grenzsicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung aller feindlich-negativen Angriffe gegen die Staatsgrenze, insbesondere zur schnellen Schließung erkannter Lücken in den Sicherungssystemen an der Staatsgrenze der DDR, in Zusammenarbeit mit den zuständigen operativen Diensteinheiten der Hauptabteilung I sowie im politisch-operativen Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR und der DVP;
- ständige Einschätzung der politisch-operativen Lage, insbesondere der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit im Grenzkreis, insbesondere im Grenzgebiet, ständige Durchdringung des Gesamtverantwortungsbereiches, Klärung der Frage "Wer ist wer?" bei den im Grenzgebiet wohnhaften bzw. tätigen Personen, sowie Herausarbeitung, Bestimmung und Präzisierung und zielgerichtete politisch-operative Sicherung bzw. Bearbeitung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche und Schwerpunkte;
- politisch-operative Sicherung von Personen, die aus beruflichen Gründen im Grenzgebiet zum Einsatz kommen, in Abstimmung mit den zuständigen Diensteinheiten der Hauptabteilung I und anderen operativen Diensteinheiten.

Die Lösung der politisch-operativen Aufgaben im Rahmen des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens hat auf der Grundlage der Festlegungen der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung zu erfolgen;

- Durchführung von politisch-operativen Maßnahmen im Rahmen des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens bei Personen, die eine Einreise aus persönlichen Gründen in das Grenzgebiet beantragten, auf der Grundlage der Festlegungen der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung;
- Gewährleistung der qualifizierten politisch-operativen Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung operativ bedeutsamer Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen im Grenzgebiet, insbesondere von ungesetzlichen Grenzübertritten nach der BRD bzw. nach Westberlin, sowie von Angriffen gegen die Grenzbevölkerung, gegen Kombinate, Betriebe, Einrichtungen und gesellschaftliche Organisationen sowie die zur Grenzsicherung eingesetzten Kräfte, bei denen der Verdacht eines Staatsverbrechens vorliegt, in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen operativen Dienststeinheiten unter Beachtung der dazu in Ziffer 3.6. getroffenen Regelungen;
- politisch-operatives Zusammenwirken mit den VPKA/VPI
  - zur Gewährleistung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet,
  - zur politisch-operativen Einflußnahme auf eine hohe Wirksamkeit der DVP bei der Sicherung des Grenzgebietes durch konsequente Wahrnehmung der ihr übertragenen Verantwortung bei der Grenzsicherung,
  - zur politisch-operativen Sicherung des politisch-operativen Zusammenwirkens mit anderen operativen Dienststeinheiten des MfS und den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen sowie
  - zur Wahrnehmung von politisch-operativen Interessen des MfS gegenüber der DVP;

- Zusammenwirken mit den zuständigen Kommandeuren bzw. Stäben der Grenzregimenter/-bataillone in Abstimmung mit den zuständigen Diensteinheiten der Hauptabteilung I, insbesondere durch Mitwirkung an der Erarbeitung der "Pläne des Zusammenwirkens" und bei ihrer Realisierung, vor allem zur politisch-operativen Sicherung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche und Bearbeitung der Schwerpunkte;
- politisch-operative Einflußnahme auf die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, die Kombinate, Betriebe und Einrichtungen entsprechend der Zuständigkeit zur konsequenten Durchsetzung der ihnen übertragenen Aufgaben bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet, einschließlich einer stabilen Versorgung der Grenzbevölkerung, insbesondere in Verwirklichung der Direktive des Zentralkomitees der SED vom 28. 10. 1971 zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin, der entsprechenden Festlegungen des Grenzgesetzes, der Grenzverordnung, der Grenzordnung, der Beschlüsse des Ministerrates der DDR sowie innerbetrieblicher Regelungen, wie Betriebs- und Baustellenordnung, vor allem zur Gewährleistung
  - der störungsfreien Erfüllung von Verträgen und Vereinbarungen mit der Regierung der BRD bzw. dem Senat von Westberlin, insbesondere der "Schadensvereinbarung" und der "Grenzwässervereinbarung",
  - einer hohen Ordnung und Sicherheit bei grenzüberschreitenden Baumaßnahmen in Betrieben und auf Baustellen im Grenzgebiet, insbesondere in ökonomischen Schwerpunktobjekten in der Nähe der Staatsgrenze,

- einer kontinuierlichen Energie- und Wasserversorgung, der Ordnung und Sicherheit hinsichtlich grenzüberschreitender bzw. im Grenzgebiet verlaufender Anlagen sowie der schnellen Beseitigung von Störungen und Havarien,
- der verantwortungsbewußten Auswahl und des Einsatzes von Kräften für Arbeiten in der Sperrzone und insbesondere im Schutzstreifen,
- der Durchsetzung der Forderungen der Grenztruppen der DDR und der DVP zur materiellen Sicherstellung von Maßnahmen zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze sowie zur Beseitigung von straftatbegünstigenden bzw. die Grenzsicherung beeinträchtigenden Bedingungen.

#### 3.4. Aufgaben der ZKG bzw. BKG der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. zu Westberlin

- Koordinierung der bei der Aufklärung, Vorbeugung und Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte nach der BRD bzw. nach Westberlin einzuleitenden politisch-operativen Maßnahmen mit den zuständigen operativen Diensteinheiten unter Beachtung der Festlegungen in Ziffer 3.6.6.;
- Übergabe entsprechender Informationen an die Hauptabteilung I sowie an die Hauptabteilung VII bzw. die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze zur Gewährleistung der Auskunftsbereitschaft über die politisch-operative Lage in den Grenzgebieten, insbesondere über
  - erkannte Angriffsrichtungen gegen die Staatsgrenze und sich möglicherweise herausbildende politisch-operative Schwerpunktbereiche in den Grenzgebieten,

- bekannt gewordene Pläne, Absichten und Maßnahmen feindlicher Kräfte, die sich von der BRD bzw. von Westberlin aus gegen bestimmte Abschnitte der Staatsgrenze bzw. der Grenzgebiete richten sowie über
- Mängel, Schwächen und Lücken im System der Grenzsicherung sowie begünstigende Bedingungen für Angriffe gegen die Staatsgrenze, die bei der operativen Bearbeitung vollendeter ungesetzlicher Grenzübertritte herausgearbeitet wurden.

### 3.5. Aufgaben weiterer operativer Dienstseinheiten bei der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. zu Westberlin

#### Hauptabteilung II bzw. Abteilungen II der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze

- Aufklärung und Bekämpfung von imperialistischen Geheimdienststellen, vor allem im Grenzvorfeld der BRD bzw. in Westberlin, und ihrer Spionagetätigkeit sowie der geheimdienstlich gesteuerten Aktivitäten anderer Organe und Kräfte des Gegners gegen die Staatsgrenze und Koordinierung von Maßnahmen mit anderen operativen Dienstseinheiten;
- Vorbeugung, Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung des Mißbrauchs der Privilegien und Immunitäten von Angehörigen diplomatischer Vertretungen und anderer bevorrechteter Personen sowie der Arbeitsmöglichkeiten der Büros von Publikationsorganen und von Korrespondenten, einschließlich Reisekorrespondenten nichtsozialistischer bzw. politisch-operativ interessierender Staaten, zur Inspirierung und Organisierung bzw. zur Unterstützung von feindlich-negativen Angriffen gegen die Staatsgrenze der DDR und die zu ihrem Schutz handelnden Organe und Kräfte sowie gegen die Bevölkerung im Grenzgebiet;

Koordinierung der Spionageabwehr an Objekten und Einrichtungen der Grenztruppen der DDR.

Hauptabteilung VI bzw. Abteilungen VI der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze

- Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzübergangsstellen im engen politisch-operativen Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR, insbesondere Aufklärung, Vorbeugung und Verhinderung des widerrechtlichen Passierens der Staatsgrenze der DDR, Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und Abwehr von Terror- u. a. feindlich-negativen Handlungen;
- Zusammenarbeit, insbesondere mit den zuständigen operativen Diensteinheiten der Hauptabteilung I, den Grenzkreisdienststellen und den anderen zuständigen operativen Diensteinheiten der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze, zur politisch-operativen Sicherung
  - der Zufahrtswege zu den Grenzübergangsstellen,
  - der Flanken der Grenzübergangsstellen,
  - der Grenzstreckenabschnitte,
  - der Grenzgewässer sowie
  - der Baumaßnahmen an den Grenzübergangsstellen;
- Gewährleistung des politisch-operativen Zusammenwirkens mit den Kommandanten und den Sicherungseinheiten der Grenztruppen der DDR, den Kräften der Zollverwaltung der DDR, den Angehörigen der DVP sowie mit den übrigen, auf den bzw. im Bereich der Grenzübergangsstellen tätigen Kräften anderer Institutionen auf der Grundlage der 3. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung und der anderen dafür geltenden dienstlichen Bestimmungen und Weisungen;

Hauptabteilung VIII bzw. Abteilungen VIII der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze

- Verhinderung, Aufdeckung und Dokumentation von Versuchen Angehöriger der MVM/MI, in das Grenzgebiet an der Staatsgrenze der DDR einzudringen;
- Nutzung der zur Kontrolle und Überwachung der Transitwege eingesetzten Kräfte und Mittel zur Feststellung und Dokumentierung von Handlungen des unberechtigten Eindringens in das Grenzgebiet durch Einreisende aus dem nichtsozialistischen Ausland und aus Westberlin bzw. durch Transitreisende oder von anderen verdächtigen Handlungen in grenznahen Gebieten, die auf gegen die Staatsgrenze der DDR gerichtete Aktivitäten schließen lassen.

Hauptabteilung IX bzw. Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze

- Untersuchung aller gegen die Staatsgrenze der DDR und die staatliche Sicherheit in den Grenzkreisen gerichteten Staatsverbrechen und anderer, in diesem Zusammenhang operativ bedeutsamer Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen unter Beachtung der dazu in Ziffer 3.6. getroffenen Regelungen. Dabei sowie bei der politisch-operativen Auswertung derartiger Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen ist eng mit den zuständigen operativen Dienstseinheiten, insbesondere mit den Hauptabteilungen I, VI und VII, der ZKG sowie mit den zuständigen operativen Dienstseinheiten der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze zusammenzuarbeiten;
- politisch-operative Einflußnahme auf die Qualifizierung der Tätigkeit der Dezernate II der Kriminalpolizei bei der Untersuchung und Analyse von Straftaten gemäß § 213 StGB.

Hauptabteilung XVIII bzw. Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze

- Politisch-operative Einflußnahme auf die zentralen bzw. örtlichen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, die Kombinate, Betriebe und Einrichtungen zur konsequenten Durchsetzung der ihnen übertragenen Aufgaben bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet, einschließlich einer stabilen Versorgung der Grenzbevölkerung, insbesondere in Verwirklichung der entsprechenden Festlegungen des Grenzgesetzes, der Grenzverordnung, der Grenzordnung, der entsprechenden Beschlüsse des Ministerrates der DDR sowie innerbetrieblicher Regelungen;
- Unterstützung anderer operativer Dienstseinheiten, insbesondere der Grenzkreisdienststellen, bei der Realisierung der ihnen auf diesem Gebiet übertragenen Aufgaben.

Hauptabteilung XIX bzw. Abteilungen XIX der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze

- Politisch-operative Einflußnahme auf das Ministerium für Verkehrswesen und seine nachgeordneten Organe, besonders auf die zuständigen Dienststellen der Deutschen Reichsbahn, der Binnenschifffahrt, der Wasserstraßenverwaltung und des Bereiches Agrarflug der Interflug sowie auf die örtlichen Verkehrsbetriebe und die Bezirksdirektionen Straßenwesen zur konsequenten Durchsetzung der ihnen übertragenen Aufgaben bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet, vor allem zur Gewährleistung

- einer hohen verkehrstechnischen Sicherheit auf den grenzüberschreitenden Schienen- und Wasserwegen und den als Grenzstreckenabschnitten festgelegten Bereichen, einschließlich der ständigen Verbesserung der Funktionstüchtigkeit der zur Erhöhung der Grenzsicherung installierten technischen Sicherungssysteme auf den grenzüberschreitenden Strecken, sowie den Grund- und Arbeitsflugplätzen des Bereiches Agrarflug in grenznahen Gebieten,
- des Einsatzes geeigneter Kräfte und Mittel für Bau-, Instandsetzungs- und Werterhaltungsmaßnahmen im Grenzgebiet,
- der Durchsetzung der Forderungen der Grenztruppen der DDR sowie der zuständigen Organe des MdI zur Beseitigung von Feindtätigkeit begünstigenden sowie die Grenzsicherung beeinträchtigenden Bedingungen,
- der Sicherheit im Agrarflugbetrieb im Grenzgebiet, insbesondere zur Verhinderung des Mißbrauchs von Agrarflugzeugen für ein ungesetzliches Verlassen der DDR sowie zur Sicherung von Agrarflugplätzen vor Mißbrauch durch gegnerische Luftfahrzeuge für die Organisation von Schleusungen bzw. für das Einfliegen subversiver Kräfte;
- politisch-operative Einflußnahme auf die Transportpolizei sowie die zuständigen Kommandos/Gruppenposten des Wasserschutzes der DVP, vor allem zur
- Erhöhung der Wirksamkeit bei der Vorbeugung, Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung von Angriffen auf die Staatsgrenze, insbesondere von ungesetzlichen Grenzübertritten,

- . Gewährleistung eines effektiven Zusammenwirkens mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen.

Hauptabteilung XX bzw. Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze

- Politisch-operative Sicherung der staatlichen Nachrichtenverbindungen im grenznahen Raum und ihres weiteren Ausbaues, insbesondere Vorbeugung, Verhinderung sowie Aufklärung von Ausfällen und Störungen der entsprechenden Fernmeldenetze bzw. des Funkverkehrs im Zusammenwirken mit den zuständigen Organen des Post- und Fernmeldewesens;
- politisch-operative Einflußnahme auf die staatlichen Organe, die Betriebe und Einrichtungen sowie die gesellschaftlichen Organisationen entsprechend der Zuständigkeit zur konsequenten Durchsetzung der ihnen übertragenen Aufgaben bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet, insbesondere in Verwirklichung der Festlegungen des Grenzgesetzes, der Grenzverordnung, der Grenzordnung, der entsprechenden Beschlüsse des Ministerrates sowie innerbetrieblicher Regelungen;
- Schaffung und politisch-operative Sicherung von Möglichkeiten zur Unterbringung und medizinischen Betreuung von bei Vorkommnissen im Grenzgebiet verletzten Personen bei Gewährleistung der dafür notwendigen Sicherheitserfordernisse in Abstimmung mit den zuständigen operativen Dienststeinheiten, insbesondere den Hauptabteilungen I, VI, VII und IX sowie mit den anderen zuständigen operativen Dienststeinheiten der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze bzw. den Grenzkreisdienststellen, außer im Bereich der Bezirksverwaltung Berlin.

Abteilung III bzw. selbständige Referate III der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze

- Koordinierung und Einsatz der spezifischen Möglichkeiten der Abteilung III und der selbständigen Referate III sowie der Grenztruppen der DDR entsprechend den Festlegungen der bestehenden Vereinbarungen zur Aufklärung und Kontrolle von Aktivitäten feindlicher Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte sowie der Grenzüberwachungsorgane des Gegners, die aus dem Grenzvorfeld der BRD bzw. aus Westberlin gegen die Staatsgrenze und die zu ihrem Schutz handelnden Organe und Kräfte sowie die Bevölkerung der Grenzgebiete tätig werden.

Abteilung XXII

- Mitwirkung an der Aufklärung, Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten und deren Androhung gegen die Staatsgrenze der DDR, die zu ihrem Schutz handelnden Organe und Kräfte, gegen die Grenzübergangsstellen sowie gegen die Bevölkerung der Grenzgebiete in enger Zusammenarbeit mit den Hauptabteilungen I, VI und VII sowie den Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze gemäß der ihr in der Dienstanweisung Nr. 1/81 übertragenen Federführung.

3.6. Verantwortung und Aufgaben bei der politisch-operativen Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen im Grenzgebiet, einschließlich im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR

---

### 3.6.1. Operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR

Die Hauptabteilung I ist grundsätzlich für die Wahrnehmung der politisch-operativen Interessen des MfS bei der Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung von Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR zuständig.

Sie hat unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung im Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR insbesondere die Erfassung, die Dokumentation und die politisch-operative Sicherstellung der Untersuchung der operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR zu gewährleisten, die dafür erforderliche Zusammenarbeit mit anderen operativen Diensteinheiten zu organisieren, vorrangig mit den Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze bzw. den Grenzkreisdienststellen sowie den Einsatz von Kräften der Hauptabteilung IX bzw. der Abteilungen IX der zuständigen Bezirksverwaltungen zu veranlassen.

Bei der Festlegung von politisch-operativen Maßnahmen für die weitere Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen, die im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR auftreten, ist dabei von folgender grundsätzlicher Verantwortlichkeit auszugehen:

Die Hauptabteilung I ist hauptverantwortlich für die weitere Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung derartiger operativ bedeutsamer Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen, die

- vom Territorium der BRD bzw. von Westberlin ausgehen und keine Auswirkungen über den Handlungsraum der Grenztruppen der DDR hinaus haben,
- ihren Ausgangspunkt unmittelbar im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR haben sowie die
- im Zusammenhang mit Personen, Arbeitsprozessen, Objekten und Einrichtungen der Grenztruppen der DDR stehen.

Die Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze bzw. die Grenzkreisdienststellen sind hauptverantwortlich für die weitere Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung derartiger operativ bedeutsamer Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen der DDR, die

- ihren Ausgangspunkt im Innern der DDR haben,
- vom Territorium der BRD bzw. von Westberlin ausgehen und Auswirkungen über den Handlungsraum der Grenztruppen hinaus auf das übrige Grenzgebiet bzw. in die Tiefe der DDR haben.

Der Leiter der Hauptabteilung I und der Leiter der zuständigen Bezirksverwaltung haben zu gewährleisten, daß zur Wahrnehmung dieser festgelegten Verantwortlichkeit Entscheidungen über die weitere Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen, die im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR auftreten, grundsätzlich, jedoch in jedem Fall, wenn beide Verantwortungsbereiche berührt werden, nach gegenseitiger Abstimmung getroffen und alle dazu erforderlichen Informationen ausgetauscht werden.

### 3.6.2. Operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen im übrigen Grenzgebiet

Die Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze sind für die Wahrnehmung der politisch-operativen Interessen des MfS bei der Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen im übrigen Grenzgebiet verantwortlich. Sie realisieren diese Verantwortung im engen Zusammenwirken mit den Organen des MdI und bei operativer Notwendigkeit in Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensteinheiten der Hauptabteilung I und anderen zuständigen operativen Diensteinheiten.

3.6.3. Die Leiter der zuständigen operativen Diensteinheiten haben zu gewährleisten, daß sie über alle Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen unverzüglich, einschließlich im Rahmen des politisch-operativen Zusammenwirkens mit den Grenztruppen der DDR und dem MdI und seinen Organen, informiert werden.

Sie haben zu sichern, daß sofort die Objektivität der Informationen geprüft und eine politisch-operative, einschließlich einer gründlichen politischen und rechtlichen, Wertung vorgenommen wird. Dazu sind alle mittlerer leitenden Kader und zuständigen operativen Mitarbeiter, vor allem auch die operativen Diensthabenden, ständig zu befähigen und zu qualifizieren.

Nach Bekanntwerden von Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen ist die politisch-operative Bedeutsamkeit zu prüfen und in Abhängigkeit davon durch die zuständigen Leiter zu entscheiden,

- inwieweit an mich bzw. meine Stellvertreter sofort zu melden ist,

- welche objektmäßige, territoriale bzw. personelle Zuständigkeit gegeben ist bzw. berührt wird und welche operative Dienst Einheit demzufolge unverzüglich zu informieren ist, die die weitere operative Bearbeitung verantwortlich führt bzw. in die operative Bearbeitung einzubeziehen ist,
- welche Sofortmaßnahmen bis zum Eintreffen des zuständigen operativen Mitarbeiters des MfS - beim Einsatz von Kräften der Hauptabteilung IX bzw. der Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze bis zu deren Eintreffen - insbesondere zur Verhinderung bzw. Einschränkung weiterer Feindtätigkeit und möglicher Folgen des Vorkommnisses, zur Sicherung des Ereignisortes, der Spuren und anderer Beweise vor Beseitigung, Beschädigung und Wegnahme sowie zur Feststellung und getrennten Unterbringung der Zeugen durch wen einzuleiten sind,

3.6.4. Der Leiter der Hauptabteilung IX und der Leiter der zuständigen Bezirksverwaltung mit Staatsgrenze zur BRD bzw. zu Westberlin haben in gegenseitiger Abstimmung und in Zusammenarbeit mit dem Leiter der zuständigen operativen Dienst Einheit der Hauptabteilung I zu sichern, daß der Einsatz von Kräften der Hauptabteilung IX bzw. der Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen zur Untersuchung operativ bedeutsamer Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen erfolgt, insbesondere wenn

- der Verdacht der Begehung von Staatsverbrechen besteht,
- bei ungesetzlichen Grenzübertritten aus der BRD bzw. aus Westberlin in die DDR die vorläufige Festnahme erfolgte,
- Grenzsicherungsanlagen durch Handlungen von Personen vom Territorium der BRD bzw. von Westberlin aus zerstört oder in erheblichem Umfang beschädigt wurden,

- ungesetzliche Grenzübertritte nach der BRD bzw. nach Westberlin erfolgten oder im Grenzgebiet verhindert und dabei Personen verletzt bzw. getötet wurden, gemeingefährliche Mittel und Methoden zur Anwendung kamen oder Ausländer beteiligt waren,
- eine erhebliche Gefährdung der staatlichen Sicherheit in den Grenzgebieten eingetreten ist bzw. eintreten kann,
- eine zur Fahndung/Festnahme stehende Person zugeführt wird,
- Täter, die ihren Hauptwohnsitz außerhalb des Bezirkes haben, beim versuchten ungesetzlichen Grenzübertritt festgenommen werden und der Leiter der für den Hauptwohnsitz des Täters zuständigen Bezirksverwaltung in Abstimmung mit dem Leiter der Bezirksverwaltung mit Staatsgrenze die Einleitung und anschließende Übernahme eines Ermittlungsverfahrens anordnet,
- andere politisch-operative Interessen des MfS vorliegen.

Die zuständigen operativen Diensteinheiten, insbesondere die der Hauptabteilung I und die Grenzkreisdienststellen, haben den Mitarbeitern der Hauptabteilung IX bzw. Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze bei der Untereuchung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen Hilfe und Unterstützung zu geben.

Sie haben vor allem zu gewährleisten, daß im Prozeß der Untersuchungsführung Störungen bzw. Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.

Die Hauptabteilung I hat in Abstimmung mit der Hauptabteilung IX und den zuständigen Bezirksverwaltungen zur Gewährleistung einer schnellen Untersuchungsführung sowie der sicheren Unterbringung, Versorgung und ersten medizinischen Betreuung festgenommener Personen in allen Grenzregimentern mit den erforderlichen nachrichtentechnischen und gegebenenfalls sicherungstechnischen Mitteln ausgestattete Vernehmerstützpunkte zu schaffen und diese politisch-operativ zu sichern.

Die Hauptabteilung IX bzw. die Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze haben nach Abschluß der Vorkommnisuntersuchung die Untersuchungsergebnisse den zuständigen operativen Diensteinheiten über die AKG zwecks weiterer operativer Bearbeitung bzw. Auswertung zu übermitteln.

3.6.5. Vorkommnisse, die keine Untersuchungsführung durch die Hauptabteilung IX bzw. die Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze erfordern, jedoch, ausgehend von möglichen Folgen und Auswirkungen sowie unter Beachtung der Lage an der Staatsgrenze, von Ort, Raum und Zeit operativ bedeutsam sind bzw. werden können, sind von den operativen Diensteinheiten entsprechend der festgelegten Verantwortlichkeit zu bearbeiten.

Dazu hat der Leiter der betreffenden Bezirksverwaltung mit Staatsgrenze, soweit nicht die unmittelbare Zuständigkeit der Hauptabteilung I oder, bezogen auf die Grenzübergangsstellen im Bereich der Hauptstadt der DDR, Berlin, die Zuständigkeit der Hauptabteilung VI gegeben ist, festzulegen, durch welche operativen Diensteinheiten die operative Bearbeitung der operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen zu erfolgen hat.

3.6.6. Bei der Untersuchung und Bearbeitung von vollendeten ungesetzlichen Grenzübertritten und operativ besonders bedeutsamen Vorbereitungs- und Versuchshandlungen haben die Leiter der ZKG bzw. BKG zu sichern, daß

- in Zusammenarbeit mit den anderen an der Untersuchung und Bearbeitung dieses Vorkommnisses beteiligten operativen Dienstseinheiten ein gemeinsamer Untersuchungsbericht mit Schlußfolgerungen bzw. Vorschlägen

- für die weitere Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung dieses Vorkommnisses,
- für die Schließung von Lücken und die Überwindung von Mängeln im Grenzsicherungssystem,
- für die weitere Vervollkommnung der Zusammenarbeit der zuständigen operativen Dienstseinheiten sowie des politisch-operativen Zusammenwirkens mit den Grenztruppen der DDR sowie den Organen des MdI,
- für die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit aller operativen Dienstseinheiten zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR

erarbeitet und meinem zuständigen Stellvertreter und dem Leiter der zuständigen Bezirksverwaltung mit Staatsgrenze unverzüglich übergeben wird;

- die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der eingesetzten Kräfte konkret bestimmt und abgegrenzt werden und der Einsatz von Kräften und Mitteln abgestimmt erfolgt;
- die Einleitung und Verwirklichung der erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen der beteiligten operativen Dienstseinheiten zur weiteren Bearbeitung der Täter und ihrer Rückverbindungen abgestimmt erfolgen.

3.6.7. Bei Vorkommnissen, die kein sofortiges und unmittelbares Tätigwerden operativer Dienstseinheiten des MfS erfordern und auf der Grundlage der Befehlsgebung des MfNV bzw. des MdI durch die Grenztruppen der DDR bzw. die Organe des MdI bearbeitet werden, ist zu sichern, daß in den Untersuchungsgruppen IM eingesetzt sind und die zuständigen operativen Dienstseinheiten über die Untersuchungsergebnisse unverzüglich zwecks politisch-operativer Einschätzung und Auswertung informiert werden. Bei Hinweisen auf eine mögliche Feindtätigkeit oder andere operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse bzw. Erscheinungen ist die weitere Untersuchung bzw. Bearbeitung durch die zuständige operative Dienstseinheit des MfS durchzuführen.

3.6.8. Die operativen Dienstseinheiten haben entsprechend ihrer Zuständigkeit zu gewährleisten, daß

- alle Ergebnisse aus der Untersuchung und Bearbeitung der operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen erfaßt, gespeichert und analytisch ausgewertet und entsprechende Maßnahmen zur Beseitigung der dabei festgestellten Mängel und Schwächen bei der Grenzsicherung sowie der begünstigenden Bedingungen für feindlich-negative Angriffe eingeleitet werden,
- die politisch-operativen Zusammenhänge festgestellt sowie die Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners und seine Mittel und Methoden allseitig aufgedeckt werden,
- ein Überblick über alle Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen besteht und eine ständige Auskunftsbereitschaft dazu gesichert ist.

Zur qualifizierten politisch-operativen Untersuchung und Bearbeitung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen haben die zuständigen operativen Dienstseinheiten, insbesondere die Hauptabteilung I sowie die Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze

~~die Arbeit mit~~ IM und GMS ständig zu qualifizieren,

- ständig vorbereitet zu sein mit dem Ziel, bei Eintritt operativ bedeutsamer Vorkommnisse, Handlungen und Erscheinungen unverzüglich deren Untersuchung und Bearbeitung mit hohem politisch-operativem Nutzeffekt durchführen zu können,
- solche Voraussetzungen in der politisch-operativen Arbeit zu schaffen, die den Anforderungen einer qualifizierten Vorkommnisuntersuchung entsprechen, mit denen negative politische Auswirkungen bei Vorkommnissen verhindert werden können und die die Sicherheit an der Staatsgrenze erhöhen.

#### 4. Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung der Seegrenze der DDR

4.1. Der Leiter der Hauptabteilung I hat die sich insbesondere aus der Ziffer 1.3. und den anderen Regelungen in dieser Dienstanweisung für die zuständigen operativen Dienstseinheiten seines Verantwortungsbereiches ergebenden Aufgaben für die politisch-operative Sicherung der Seegrenze festzulegen. Dabei sind die in Ziffer 3.1. festgelegten Aufgaben analog für die politisch-operative Sicherung der Seegrenze anzuweisen und zu realisieren.

4.2. Der Leiter der Bezirksverwaltung Rostock hat die sich insbesondere aus der Ziffer 1.5. und den anderen Regelungen in dieser Dienstanweisung sowie aus anderen, die politisch-operative Sicherung der Seegrenze betreffenden dienstlichen Bestimmungen ergebenden politisch-operativen Aufgaben für die operativen Dienstseinheiten seines Verantwortungsbereiches festzulegen, vor allem

- zur politisch-operativen Sicherung der schiffahrtsbetreibenden Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen,
- zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung im Territorium der Grenzübergangsstellen sowie an den Liegeplätzen der Wasserfahrzeuge in den Seehäfen, insbesondere zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung des widerrechtlichen Passierens der Seegrenze bzw. des widerrechtlichen Befahrens der Territorialgewässer der DDR, des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewalttätigkeiten und von weiteren feindlich-negativen Aktivitäten,
- zur Kontrolle und Überwachung von Wasserfahrzeugen, die die Territorialgewässer der DDR befahren und die in den Grenzübergangsstellen der Seehäfen, an den Kontrollpunkten sowie im Bereich der Bootslichegeplätze der offenen Küste kontrolliert bzw. zum Auslaufen avisiert werden,
- beim politisch-operativen Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR, der DVP und den Kräften der Zollverwaltung zur Kontrolle und Überwachung des Schiffs- und Bootsverkehrs in den Territorialgewässern der DDR bzw. zur Sicherung der Hafenzufahrten bzw. an den Grenzübergangsstellen der Fähr- und Seehäfen,
- für die Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung I,
- zur Organisation und Koordinierung der Spionageabwehr an Objekten und Einrichtungen der Nationalen Volksarmee (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) im Bereich der Grenzzone,

- für den Einsatz spezifischer Möglichkeiten zur Aufklärung und Kontrolle feindlicher Kräfte und der Grenzüberwachungsorgane des Gegners bei Handlungen im Vorfeld der Territorialgewässer der DDR in Abstimmung mit der Abteilung III des MfS und bei Notwendigkeit mit der Hauptabteilung I.

4.3. Bei der Festlegung von politisch-operativen Maßnahmen für die Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung von operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen ist von folgender grundsätzlicher Verantwortlichkeit auszugehen:

Die Hauptabteilung I ist hauptverantwortlich für die Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung aller operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen,

- die im unmittelbaren Zusammenhang mit Personen, Arbeitsprozessen, Objekten und Einrichtungen des Verantwortungsbereiches stehen,
- die vom offenen Meer bzw. von den Territorialgewässern benachbarter oder gegenüberliegender Staaten ausgehen und von militärischen Kräften bzw. Mitteln verursacht wurden.

Die Bezirksverwaltung Rostock ist hauptverantwortlich für die Untersuchung, Bearbeitung und Auswertung aller operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen,

- die ihren Ausgangspunkt im Innern der DDR haben,
- die vom offenen Meer bzw. von den Territorialgewässern benachbarter oder gegenüberliegender Staaten ausgehen und von zivilen Kräften bzw. Mitteln verursacht wurden.

Dabei ist ein ständiger, aktueller Informationsaustausch, eine enge Zusammenarbeit sowie ein abgestimmtes Handeln zwischen den zuständigen operativen Dienstseinheiten der Hauptabteilung I und der Bezirksverwaltung Rostock sowie mit anderen zuständigen operativen Dienstseinheiten zu gewährleisten.

4.4. Der Leiter der Hauptabteilung IX und der Leiter der Bezirksverwaltung Rostock haben in gegenseitiger Abstimmung und in Zusammenarbeit mit dem Leiter der zuständigen operativen Dienstseinheit der Hauptabteilung I zu sichern, daß der Einsatz von Kräften der Hauptabteilung IX bzw. der Abteilung IX der Bezirksverwaltung Rostock zur Untersuchung operativ bedeutsamer Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen insbesondere erfolgt, wenn Gründe gemäß Ziffer 3.6.4. vorliegen bzw. wenn

- Personen aus nichtsozialistischen Staaten bzw. aus Westberlin wegen der Verletzung der Territorialgewässer der DDR durch die Grenztruppen der DDR, durch Kräfte der Wasserschutzpolizei oder durch Kräfte der Abteilung VI der Bezirksverwaltung Rostock vorläufig festgenommen und mit dem Wasserfahrzeug bzw. Schwimmittel in einen Hafen der DDR eingebracht werden,
- Besatzungsmitglieder oder Passagiere ausländischer Schiffe in Häfen der DDR Bürger der DDR bzw. sozialistischer Staaten ausschleusen wollten,

5. Weitere Aufgaben für die Zusammenarbeit der operativen  
Diensteinheiten bei der politisch-operativen Sicherung  
der Staatsgrenze der DDR

5.1. Die Leiter der Hauptabteilungen I, VI, VII, IX, der ZKG, der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze sowie der anderen zuständigen operativen Diensteinheiten haben zur Lösung der ihnen in dieser Dienstanweisung gestellten Aufgaben unter Wahrung der Konspiration kameradschaftlich und vertrauensvoll im Interesse der Realisierung der politisch-operativen Gesamtaufgabenstellung des MfS für die politisch-operative Sicherung der Staatsgrenze der DDR zusammenzuarbeiten und zu gewährleisten, daß auf allen Ebenen ihrer Verantwortungsbereiche die operative Zusammenarbeit zwischen den zuständigen operativen Diensteinheiten analog durchgeführt wird.

5.2. Zwischen den Leitern

der Hauptabteilung I/Abteilung Grenzkommando  
und der zuständigen Bezirksverwaltung mit Staats-  
grenze

sowie zwischen den Leitern

der Hauptabteilung I/Unterabteilung Grenzregiment  
und  
der zuständigen Grenzkreisdienststelle

sind über die gemeinsam bzw. in Abstimmung zu lösenden Aufgaben- und Maßnahmenkomplexe sowie über die für eine effektive Zusammenarbeit erforderlichen Informationsflußregelungen, den jeweiligen politisch-operativen Erfordernissen entsprechend, differenzierte Koordinierungsvereinbarungen abzuschließen.

Die Festlegungen in den Koordinierungsvereinbarungen sind bei operativer Notwendigkeit, insbesondere im Prozeß der Erarbeitung der Jahrespläne, zu präzisieren.

Die Leiter der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze bzw. deren zuständige Stellvertreter Operativ und die Leiter der Grenzkreisdienststellen haben die Leiter der Abteilungen VII bzw. die Leiter der Arbeitsgruppen Grenzsicherung in die Vorbereitung dieser Koordinierungsvereinbarungen einzubeziehen.

5.3. Mein Stellvertreter, Gen. Generalmajor Dr. Neiber, hat jährlich bzw. entsprechend den operativen Erfordernissen zentrale Beratungen zur Einschätzung der politisch-operativen Lage an der Staatsgrenze der DDR zur BRD sowie zu Westberlin sowie an der Seegrenze, einschließlich des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung bei der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR, durchzuführen.

Dazu hat er in Abhängigkeit von den zu beratenden Problemen

- den Teilnehmerkreis festzulegen,
- die Leiter der Hauptabteilungen I und VII und den Leiter der ZKG mit der Durchführung von Maßnahmen der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der zentralen Beratung zu beauftragen und
- über zentral festzulegende Probleme zur Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung zu entscheiden bzw. diese mir mit entsprechenden Lösungsvorschlägen zu unterbreiten.

5.4. Die Leiter der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze und die Leiter der Grenzkreisdienststellen haben periodisch Koordinierungsberatungen durchzuführen.

Als ständige Teilnehmer dieser Koordinierungsberatungen haben teilzunehmen:

auf Bezirksebene: Leiter der Abteilungen II, VI, VII, IX;  
Leiter der Grenzkreisdienststellen;  
Leiter der BKG, AKG;  
Leiter Abteilung Grenzkommando und Bereichsleiter Abwehr und Aufklärung der Hauptabteilung I/Kommando Grenztruppen;  
Leiter selbst. Referat III;  
Leiter Referat Grenzsicherung der Abteilung VII;

auf Kreisebene: Leiter Paßkontrolleinheit;  
Leiter der Unterabteilungen Abwehr und Aufklärung der Hauptabteilung I/Kommando Grenztruppen;  
Leiter der Arbeitsgruppe Grenzsicherung der Grenzkreisdienststelle;  
Leiter der Arbeitsgruppe/Referat Auswertung und Information der Grenzkreisdienststelle.

Diese Beratungen sind unter Beachtung der jeweiligen Leitungsebene und der Zuständigkeit der teilnehmenden operativen Dienststeinheiten differenziert mit dem Ziel durchzuführen:

- Einschätzung der politisch-operativen Lage an der Staatsgrenze der DDR, einschließlich des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung zur politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR;

- Vermittlung von Erfahrungen und Vorbereitung erforderlicher Entscheidungen zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zur politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR;
- Qualifizierung der Zusammenarbeit der operativen Dienst-einheiten;
- Festlegung erforderlicher Maßnahmen für die Vorbereitung und Realisierung der "Pläne des Zusammenwirkens".

5.5. Die Leiter der zuständigen operativen Dienst-einheiten haben als eine wesentliche Voraussetzung für die qualifizierte Lösung der politisch-operativen Aufgaben zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit im Grenzgebiet und zur Qualifizierung der Zusammenarbeit den ständigen Informationsaustausch vorrangig zur politisch-operativen Lage im Grenzkreis, zum Stand und zu den Ergebnissen des politisch-operativen Zusammenwirkens mit den Grenztruppen der DDR und der DVP und zur Wirksamkeit der Tiefensicherung unter Einbeziehung der diensthabenden Systeme zu gewährleisten.

Bei besonderen politischen Situationen oder Ereignissen bzw. bei operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen, vor allem

im Grenzkreis und an der Staatsgrenze der DDR, besonders im Handlungsraum der Grenztruppen der DDR und in den Seegewässern der DDR

oder

im Grenzvorfeld der BRD, in Westberlin, im Vorfeld der Territorialgewässer der DDR sowie in den benachbarten bzw. gegenüberliegenden Territorialgewässern

und den damit verbundenen Lagebedingungen an der Staatsgrenze und im Grenzgebiet der DDR, die einen koordinierten Einsatz der Kräfte, Mittel und Methoden der Schutz- und Sicherheitsorgane erfordern, hat der Informationsaustausch unverzüglich zu erfolgen.

6. Verantwortung und Aufgaben beim politisch-operativen Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR sowie mit der DVP und den anderen Organen des MdI bei der Abwehr von Handlungen gegen die Staatsgrenze der DDR

6.1. Das politisch-operative Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR sowie mit der DVP und den anderen Organen des MdI ist, ausgehend von der in dieser Dienstabweisung festgelegten Aufgabenstellung und unter Beachtung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche und Schwerpunkte sowie der konkreten Sicherheitserfordernisse, im jeweiligen Verantwortungsbereich darauf zu konzentrieren,

- alle gegen die Staatsgrenze der DDR, die Bevölkerung des Grenzgebietes sowie die darin befindlichen Objekte und Anlagen gerichteten Handlungen und Pläne wirksam vorzubeugen bzw. diese rechtzeitig aufzuklären und zu verhindern,
- die gegenseitige Hilfe und Unterstützung bei der Erfüllung der Aufgaben zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR ständig zu gewährleisten, Angriffe gegen die Staatsgrenze erfolgreich abzuwehren, ungesetzliche Grenzübertritte und unberechtigtes Eindringen von Personen in die Grenzgebiete zu verhindern,
- die Sicherheit und Ordnung in den Grenzgebieten und den Seegewässern der DDR zuverlässig zu garantieren.

Die Leiter der zuständigen operativen Diensteinheiten haben im Rahmen der politisch-operativen Sicherung des Personalbestandes der Grenztruppen der DDR und der Angehörigen des MdI und seiner Organe zu gewährleisten, daß nur überprüfte und zuverlässige Angehörige dieser Organe für das Zusammenwirken zwischen ihnen sowie zwischen ihnen und den operativen Diensteinheiten des MfS bestätigt werden.

6.2. Die Leiter der zuständigen operativen Diensteinheiten haben zu gewährleisten, daß mit den zusammenwirkenden Organen der koordinierte Einsatz der Kräfte und Mittel zur Durchsetzung eines abgestimmten Handelns erfolgt, insbesondere bei

- der Aufklärung von für Grenzverletzungen gefährdeten Räumen und Richtungen und deren Sicherung sowie der Verdichtung der Maßnahmen in den Schwerpunktzeiten,
- der verstärkten Grenzsicherung nach Eintreten einer besonderen Lage im Grenzabschnitt, vor allem zur Verhinderung von ungesetzlichen Grenzübertritten nach Auslösung von Fahndungen, sowie bei Katastrophen im Grenzgebiet,
- allen Maßnahmen der visuellen Beobachtung des Luftraumes der DDR zur Überwachung in den Luftraum der DDR eindringender ausländischer Luftfahrzeuge,
- der Sicherung, Kontrolle und ständigen Überwachung von Start- und Landeplätzen für Luftfahrzeuge des Betriebes Agrarflug, der GST und des DRK im Grenzgebiet bzw. im grenznahen Raum, von möglichen Start- und Landeplätzen für Luftfahrzeuge sowie von Verstecken und Unterschlupfmöglichkeiten,

- der Sicherung, Kontrolle und ständigen Überwachung der Zufahrtsstrecken zu den Grenzübergangsstellen, der Strecken der Deutschen Reichsbahn im Grenzgebiet sowie der betreffenden Streckenabschnitte der U-Bahn in der Hauptstadt der DDR, Berlin,
- der Sicherung und Kontrolle aller anderen für den öffentlichen Verkehr zugelassenen Zugänge zum Grenzgebiet,
- der Überwachung der für den öffentlichen Verkehr nicht zugelassenen Zugänge zum Grenzgebiet,
- der Gewährleistung des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens der aus beruflichen, gesellschaftlichen bzw. persönlichen Gründen in das Grenzgebiet einreisenden Personen sowie die ständige Kontrolle und Sicherung der für Arbeiten im Grenzgebiet bestätigten Personen, Fahrzeuge und Arbeitstechnik, einschließlich des fliegenden und technischen Personals der GST, des DRK der DDR und des Betriebes Agrarflug,
- der Aufrechterhaltung einer hohen Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet, besonders zur Kontrolle der Ein- und Ausreisen sowie des Aufenthaltes von Personen, zur Sicherung wichtiger Objekte und Anlagen, zur Kontrolle und Überwachung im Einsatz befindlicher oder abgestellter schwerer Technik.

6.3. Unter Beachtung der jeweils festgelegten Eigenverantwortung sowie der innerdienstlichen Bestimmungen der zusammenwirkenden Organe sind in gegenseitiger Abstimmung zwischen den zusammenwirkenden Organen zu realisieren:

- die Sicherheitsüberprüfung und Bestätigung von Personen für Arbeiten im Grenzgebiet;

- die Genehmigung von Veranstaltungen im Grenzgebiet;
- die Regelung von Fragen der Wohnsitzverlegung von Bürgern aus dem Grenzgebiet in andere Orte;
- die Genehmigung des Zuzugs von Bürgern in das Grenzgebiet, wobei zu gewährleisten ist, daß Personen die Genehmigung nicht erteilt wird,
  - die wegen Straftaten gemäß §§ 105, 213 StGB oder anderer schwerer Straftaten inhaftiert waren,
  - die wegen rechtswidriger Ersuchen auf Übersiedlung in Erscheinung getreten sind,
  - die aus dem Grenzgebiet ausgesiedelt wurden bzw. denen die Genehmigung zum Aufenthalt im Grenzgebiet unbefristet entzogen wurde oder
  - die aus anderen Gründen die Sicherheit im Grenzgebiet beeinträchtigen könnten.

6.4. Das politisch-operative Zusammenwirken ist zu organisieren auf den Ebenen:

mein zuständiger  
Stellvertreter

- Stellvertreter des  
Ministers für Nationale  
Verteidigung  
und Chef der Grenz-  
truppen der DDR

- Stellvertreter des Mini-  
sters des  
Innern und  
Chef des Sta-  
bes des Mdi

Leiter der Bezirks-  
verwaltung mit  
Staatsgrenze

- Kommandeur des zu-  
ständigen Grenz-  
kommandos bzw. der  
6. Grenzbrigade  
Küste

- Chef der BDVP  
bzw. des PdVP

Leiter Grenzkreis-  
dienststelle

- Kommandeure des zu-  
ständigen Grenzregi-  
mentes/--bataillons  
bzw. Grenzkompagnie  
der Grenzsicherungs-  
kräfte der Volks-  
marine

- Leiter des  
VPKA bzw. VPI

Es ist zu realisieren durch

- gemeinsame Planung der Maßnahmen des Zusammenwirkens  
(Plan des Zusammenwirkens),
- gemeinsame Beratungen,
- gegenseitigen Informationsaustausch,
- koordinierte Handlungen im Interesse der zuverlässigen  
Sicherung der Staatsgrenze,
- Nachrichtenverbindungen und Austausch von Führungsmit-  
teln.

Die Leiter der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze und die Leiter der Grenzkreisdienststellen haben unter Beachtung der zwischenministeriellen Festlegungen, nach der die zuständigen Kommandeure der Grenztruppen der DDR für die Organisation des Zusammenwirkens mit den zuständigen Diensteinheiten des MfS und den zuständigen Organen des MdI verantwortlich sind, die Leiter der Abteilungen VII bzw. die Leiter der Arbeitsgruppen Grenzsicherung zu beauftragen, die Maßnahmen des Zusammenwirkens, wie Erarbeitung des Planes des Zusammenwirkens, Beratung der Organe des Zusammenwirkens, auf Arbeitsebene in enger Abstimmung mit den Leitern der zuständigen Diensteinheiten der Hauptabteilung I vorzubereiten.

Die Leiter der zuständigen operativen Diensteinheiten haben zu sichern, daß

- in Vorbereitung auf Beratungen der Organe des Zusammenwirkens bzw. der Pläne des Zusammenwirkens durch politisch-operative Einflußnahme auf die Grenztruppen der DDR sowie auf das MdI und seine Organe die abgestimmten politisch-operativen Interessen durchgesetzt werden,
- bei Beratungen der Organe des Zusammenwirkens das einheitliche Auftreten der beteiligten zuständigen operativen Diensteinheiten der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze und der zuständigen Diensteinheiten der Hauptabteilung I erfolgt,
- die zuständigen Kommandeure der Grenztruppen der DDR sowie die Chefs der BDVP/PdVP bzw. die Leiter der VPKA/VPI in Vorbereitung von Beratungen, insbesondere bei der Einschätzung der Lage an der Staatsgrenze der DDR und im Grenzgebiet, sowie bei der Erarbeitung von Schlußfolgerungen für das weitere effektive Zusammenwirken unterstützt werden.

## 7. Weitere Festlegungen zur Auswertungs- und Informations-tätigkeit

7.1. Alle Informationen über feindliche Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie über operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen sind sofort bzw. ständig an die zuständigen operativen Diensteinheiten gemäß der in dieser Dienstanweisung bzw. der in anderen dienstlichen Bestimmungen und Weisungen festgelegten Verantwortlichkeit zu übersenden.

Informationen zu besonders bedeutsamen feindlichen Plänen, Absichten und Maßnahmen sowie zu operativ besonders bedeutsamen Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen sind unabhängig davon mir und meinen zuständigen Stellvertretern sofort zu übermitteln.

7.2. Die Leiter der Hauptabteilungen I und VII haben periodisch auf der Grundlage zentraler Vorgaben Gesamteinschätzungen über die politisch-operative Lage, unter besonderer Beachtung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit an der Staatsgrenze und im Grenzgebiet, mit Vorschlägen und Schlußfolgerungen zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zu erarbeiten und meinem Stellvertreter, Genossen Generalmajor Dr. Neiber, vorzulegen.

Die Leiter der Bezirksverwaltungen mit Staatsgrenze haben dazu auf der Grundlage zentraler Vorgaben entsprechende Einschätzungen zu erarbeiten, mit den Leitern der zuständigen Dienstseinheiten der Hauptabteilung I/KGT abzustimmen und an die Hauptabteilung VII zu übersenden.

## 8. Schlußbestimmungen

8.1. Diese Dienstanweisung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

8.2. Der Leiter der Hauptabteilung I und der Leiter der Bezirksverwaltung Rostock haben eine Koordinierungsvereinbarung zur Realisierung der in dieser Dienstanweisung grundsätzlich angewiesenen Verantwortlichkeit und Aufgabenstellung, insbesondere über die gemeinsam bzw. in Abstimmung zu lösenden Aufgaben- und Maßnahmenkomplexe, über die für eine effektive Zusammenarbeit erforderlichen Informationsflußregelungen, über Maßnahmen zum abgestimmten Handeln gegenüber den Grenztruppen der DDR und den anderen staatlichen Organen, zu erarbeiten und mir bis zum 31. 12. 1981 zur Bestätigung vorzulegen.

Die Festlegungen in dieser Koordinierungsvereinbarung sind bei operativer Notwendigkeit, insbesondere im Prozeß der Erarbeitung der Jahrespläne, zu präzisieren.

8.3. Alle politisch-operativ bedeutsamen Probleme im Zusammenhang mit der Markierung der Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. mit dem Grenzverlauf sind auf der Grundlage der im Befehl Nr. 15/73 getroffenen Festlegungen zur Verantwortlichkeit zu lösen.

8.4. Die im Zusammenhang mit der politisch-operativen Sicherung der Durchführung der "Schadensvereinbarung" sowie der "Grenzgewässervereinbarung" erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen sind auf der Grundlage der entsprechenden Regelungen dieser Dienstanweisung sowie des Befehls Nr. 34/74 zu organisieren und durchzuführen.

8.5. Mit Erlaß dieser Dienstanweisung treten gleichzeitig

- der Befehl Nr. 10/66 vom 10. 5. 1966, GVS MfS 008-196/66,
- die Durchführungsbestimmung Nr. 1 vom 10. 5. 1966, GVS MfS 008-197/66,
- die 1. Änderung vom 10. 10. 1968, GVS MfS 008-433/68 zur Durchführungsanweisung Nr. 1,
- die Dienstanweisung Nr. 1/70 vom 29. 5. 1970, VVS MfS 008-346/70,
- das Schreiben meines Stellvertreters vom 18. 9. 1975, Tgb.-Nr. VBA/234/75

außer Kraft.

Diese Dokumente sind bis 15. 9. 1981 an das Büro der Leitung/Dokumentenverwaltung zurückzusenden.

*Mielke*  
Armeegeneral